

**Beschluss des 4. Landesparteitages  
2. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 22. März 2014 in Sömmerda**

**(Abstimmungsergebnis: bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen  
mehrheitlich beschlossen)**

1. Das mittelfristige Finanzkonzept des Landesverbandes Thüringen bis 2019 wurde in der vorgelegten Form bestätigt.
  
2. Der Landesvorstand wurde beauftragt, das vom Landesparteitag 2012 in Wurzbach beschlossene Struktur- und Personalkonzept auf Grundlage dieses Finanzkonzepts zu überarbeiten und der 3. Tagung des 4. Landesparteitags erneut zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Konzept ist in enger Abstimmung mit den Gebietsverbänden zu erarbeiten. Zum gleichen Termin wird dieses Finanzkonzept aktualisiert vorgelegt.
  
3. Der hier vorgeschlagene Maßnahmenkatalog (Punkt 4) wird schrittweise umgesetzt.

## Mittelfristiges Finanzkonzept bis 2019

### 0. Einleitung

Entsprechend des Beschlusses der 1. Tagung des 3. Landesparteitags wurde der Entwurf des Mittelfristigen Finanzkonzeptes vom November 2013 in den Gliederungen der Partei intensiv diskutiert, und überarbeitet. Gleichzeitig wurde das Zahlenwerk für die Prognosen mit Ist-Zahlen 2013 und den Planzahlen für 2014 eingearbeitet. Positiv ist festzustellen:

- dass sich die Eintrittszahl 2013 gegenüber 2012 mit 163 Neuzugängen verdoppelt hat,
- dass ein höherer Länderfinanzausgleich für Thüringen beschlossen wurde,
- dass im Zuge der SEPA-Umstellung (Briefversand im November 2013) binnen eines Monats zahlreiche Mitglieder und Spender/innen neu am Lastschriftverfahren teilnehmen:

**Tab. 1: Vergleich der Teilnehmer/innen an Lastschrifteinzügen 10.11.2013 zum 25.01.2014**

Position	2013	2014
Beitrag DIE LINKE (Anzahl Mitglieder / Anteil aller Mitglieder)	3.765 70%	4.013 75%
Beitrag Europäische Linke (Anzahl Mitglieder / Anteil aller Mitglieder)	2.729 51%	2.952 55%
Anzahl Spender/innen im Lastschrifteinzug	577	707
Anzahl Mandatsträger/innen	269	277

- dass mit der SEPA-Umstellung (Briefaktion November 2013) viele Mitglieder ihre Beiträge und Spenden erhöhten,
- dass im Zuge der Plangespräche für 2014 bisher 17 von 21 Gebietsverbänden ihre Beitragsabführungen an den Landesvorstand freiwillig um 5 % über die bisherige Beschlusslage hinaus erhöht haben. Insbesondere diese solidarische Entscheidung im Interesse des Landesverbandes kann nicht hoch genug bewertet werden.

Dieser neue Entwurf konzentriert sich auf den Teil „Finanzkonzept“ und schlägt dem Parteitag vor, den daran anknüpfenden Teil „Strukturkonzept“ der nächsten Tagung des Landesparteitags vorzulegen. Im Diskussionsprozess wurde deutlich, dass dazu eine intensivere Diskussion mit den Gebietsverbänden dazu erforderlich ist. Diese Diskussion war in dieser kurzen Zeitspanne nicht zu realisieren.

Für die Fortschreibung des Zahlenwerks wird darauf hingewiesen, dass die Zahlen 2014 auf der geltenden Beschlusslage für die Abführung von Beitragsanteilen aufbauen, nicht auf die unter Punkt 4 dieses Konzepts vorgeschlagene Erhöhung der Beitragsanteile um 5 %.

## 1. Ausgangslage

Der Landesverband Thüringen der LINKEN ist eine handlungsfähige Gliederung der LINKEN, die als einziger Landesverband das Prinzip der Finanzierung „von unten“ anwendet.<sup>1</sup>

Die Mitglieder- und damit auch Beitragsentwicklung des Landesverbandes DIE LINKE. Thüringen ist – insbesondere altersbedingt – seit einigen Jahren rückläufig. Entgegenwirken können wir nur durch aktivere Mitgliedergewinnung und – einnahmeseitig – durch ständiges Ringen um Beiträge nach Satzung und Beitragsordnung.

**Tab. 2: Mitgliederentwicklung des LV Thüringen**

Jahr	Anzahl	Entw. zum Vorjahr
2007	7.070	
2008	6.805	-3,75%
2009	6.793	-0,18%
2010	6.395	-5,86%
2011	5.970	-6,65%
2012	5.645	-5,44%
2013	5.370	-4,89%
Plan 2014	5.201	-3,14%

Prognose	Variante 1: minus 5 %	Variante 2: minus 8 %
2014	5101	4940
2015	4.846	4545
2016	4.604	4.181
2017	4.373	3.847
2018	4.155	3.539
2019	3.947	3.256

Die Mitgliederentwicklung wirkt sich direkt auf die Beitragsentwicklung aus. Dabei sind etwa 5 % (Variante 1) bis 8 % (Variante 2) jährlicher Beitragsrückgang möglich, da viele Neueintritte geringere Beiträge zahlen, als ausgeschiedene Mitglieder. Es ist allerdings auch Fakt, dass der LV Thüringen – mit Sachsen-Anhalt – der Landesverband mit dem niedrigsten Durchschnittsbeitrag je Mitglied im Osten ist; gegenwärtig 13,36 €. Mit der Briefaktion zur Umstellung auf SEPA-Lastschriftverfahren im November 2013 gelang eine Erhöhung auf etwa 14 € Mitglied. Dennoch hat Thüringen Handlungsbedarf, um zu Landesverbänden wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg (ca. 16.00 € monatlicher Durchschnittsbeitrag) aufzuschließen.

---

<sup>1</sup> Siehe dazu Antrag 4.1.1. in Zeile 202 ff.

Wenn eine schrittweise Beitragserhöhung nicht gelingt, werden die Mitgliedsbeiträge als unsere bisher wichtigste Einnahmequelle möglicherweise soweit sinken, dass sie in etwa 10 Jahren durch Spenden und Mandatsträgerbeiträge als Haupteinnahme abgelöst wird.

Spenden und Mandatsträgerbeiträge<sup>2</sup> folgen tendenziell eher nicht dem Muster der Mitgliederentwicklung, sondern aktuellen Anlässen (vor allem Wahlen). Gelingt es einerseits, möglichst viele Bewerber/innen für die Kommunalwahlen zu gewinnen und andererseits bei allen bevorstehenden Wahlen den Mandatsträgerbeschluss des Landesparteitags von 2008 noch stärker durchzusetzen, ist ein annähernd gleichbleibendes Niveau wie in den letzten Jahren vorstellbar.

Für die Landtagswahl 2014 wird angenommen, dass es gelingt, mindestens 25 [2009 = 27] Abgeordnetenmandate zu erringen und wieder den Spendenbeschluss von 2008 durchzusetzen. Über die bisherigen Spenderkreise [Landtagsabgeordnete, hauptamtliche MA von Landesvorstand und Landtagsfraktion] hinaus sind relevante Erhöhungen des Spendenvolumens des Landesvorstandes kaum möglich.

Dagegen ist es den Kreisen durch gezielte Spendenwerbung - zunehmend auch von Nicht-Mitgliedern der LINKEN und durch bessere Durchsetzung des MTB-Beschlusses 2008 - gelungen, rückgängige Beitragseinnahmen weitgehend zu kompensieren. Es ist zu berücksichtigen, dass sich nur ein Viertel der Beitragsrückgänge letztlich auf die Kreise auswirkt: 75,4 % der tatsächlich eingenommenen Mitgliedsbeiträge erhält der Landesvorstand zur Realisierung seiner Aufgaben. Eingeworbene Spenden dagegen verbleiben vollständig dem Gebietsverband, der sie einwirbt.

**Tab. 3: Entwicklung der Mitgliedsbeiträge ... ... sowie der Spenden und Mandatsträgerbeiträge**

Jahr	Summe	Entw. zum Vorjahr
2007	942.583	
2008	938.862	-0,39%
2009	903.658	-3,75%
2010	881.780	-2,42%
2011	857.403	-2,76%
2012	821.996	-4,13%
2013	806.893	-1,84%
Plan 2014 <sup>3</sup>	793.000	-1,72%

Summe	Entw. zum Vorjahr
388.818	
425.961	9,55%
483.546	13,52%
403.961	-16,46%
429.641	6,36%
490.053	14,06%
518.670	5,84%
495.140	-4,53%

Prognose	Variante 1: minus 5 %	Variante 2: minus 8 %
2015	753.350	729.560
2016	715.683	671.195
2017	679.898	617.500
2018	645.903	568.100
2019	613.608	522.652

Prognose	Bemerkung
470.000	
470.000	
480.000	BT-Wahl
500.000	BM -Wahl
550.000	LT-Wahl

<sup>2</sup> Mandatsträgerbeiträge = regelmäßige Spenden von Mandatsträgern, Wahlbeamten und Mitgliedern von Aufsichts-, Verwaltungsräten mit dem Mandat der LINKEN

<sup>3</sup> Entsprechend der beschlossenen Planansätze der Gebietsverbände

## 2. Handlungsfähigkeit der nachgeordneten Gebietsverbände

Wenn die Kreise im Schnitt 75,4 % der Mitgliedsbeiträge an den Landesvorstand abführen und ihnen die restlichen 24,6 % der Beiträge sowie vollständig ihre selbst eingeworbenen Spenden und Mandatsträgerbeiträge verbleiben, ergibt sich ein „Selbstbehalt“ für ihre Arbeit <sup>4</sup>:

**Tab. 4: Entwicklung Selbstbehalt der Kreis- und Stadtverbände bei bisheriger Beschlusslage:**

Jahr	Kreise: Beiträge, Spenden, Mand.-TB	davon Beitragsanteile an LV <sup>5</sup>	Selbstbehalt für Kreise	Bemerkung
2007	1.108.040	-710.708	397.332	
2008	1.123.949	-707.902	416.047	
2009	1.169.496	-681.358	488.138	Wahljahr
2010	1.068.733	-664.862	403.871	
2011	1.057.194	-646.482	410.712	
2012	1.071.584	-619.785	451.799	Wahljahr
2013	1.094.044	-607.592	486.452	Wahljahr

Die Wahljahre sind sowohl mit zusätzlichen Spenden als auch mit mehr (Wahl-)Ausgaben verbunden. Wird dieses Modell beibehalten, ergibt sich sowohl bei oben unterstellten 5 % sowie 8 % jährlichem Beitragsrückgang zunächst ein annähernd gleichbleibender Handlungsspielraum für die Kreise:

### Selbstbehalt Kreise: Beitragsrückgang 5 % p.a. <sup>6</sup>

Prognose	Kreise: MB, Spenden, Mand.-TB	Beitragsanteil LV	Selbstbehalt für Kreise
2014	1.046.140	-597.922	448.218
2015	1.005.049	-568.026	437.023
2016	967.382	-539.625	427.757
2017	946.130	-512.643	433.486
2018	912.135	-487.011	425.123
2019	879.839	-462.661	417.179

### Selbstbehalt Kreise: Beitragsrückgang 8 % p.a.

Kreise: MB, Spenden, Mand.-TB	Beitragsanteil LV	Selbstbehalt für Kreise
1.046.140	-597.922	448.218
981.259	-550.088	431.171
922.894	-506.081	416.813
883.731	-465.595	418.136
834.331	-428.347	405.984
788.883	-394.079	394.803

Auch für die Kreise steigt das allgemeine Preisniveau. Die sinkende Mitgliederzahl vor allem in kleineren Kreisverbänden erschwert den Unterhalt einer eigenen Geschäftsstelle und eigener

<sup>4</sup> Die durchlaufenden Posten (Beitrag Europäische Linke) sowie die geringen anderen Einnahmen (Verkäufe, Zinsen, sonstige Einnahmen; 2012 z. B. insgesamt 6.125 €) bleiben hier unberücksichtigt.

Der wachsende Selbstbehalt in Wahljahren (2009, 2013, 2014) durch Spenden wirkt sich in erhöhten Wahlausgaben aus.

<sup>5</sup> Hier mit 75,4 % der Beitragseinnahmen für alle GV gleich gerechnet. Die Abweichung z. B. zum Plan 2013 beträgt 1.700 € [Plan: 604.554 €]

<sup>6</sup> Beitragsanteile nach geltender Beschlusslage, bei durchschnittlich 75,4 %

Strukturen zunehmend. Daher sind Bürogemeinschaften mit und Anlaufpunkte in den Bürgerbüros der Abgeordneten anzustreben.

Die Handlungsfähigkeit der nachgeordneten Gebietsverbände wird auch an der Entwicklung des **Reinvermögens** deutlich. Dieses setzt sich – vereinfacht ausgedrückt - aus der Summe der Geldbestände und Forderungen abzüglich der Verbindlichkeiten (Schulden) zusammen.

Nach deutlichen Mehrausgaben im Wahljahr 2009 konnte das Reinvermögen bis 2013 wieder deutlich gesteigert werden. Es wuchs selbst im Bundestags-Wahljahr 2013. Nach dieser Übersicht ist die Handlungsfähigkeit der meisten Gebietsverbände gegeben.

Für gegenwärtig finanzschwache Gebietsverbände wie Jena, Suhl und Greiz werden solidarische Finanzierungsmodelle realisiert.

**Tab. 5: Entwicklung des Reinvermögens der nachgeordneten Gebietsverbände**

Gebietsverb	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Altenbg. Land	2.775	5.298	-1.931	-64	4.094	2.029	3.741
Ilmkreis	8.262	16.038	2.292	8.549	8.499	8.640	6.144
Kyffhäuserkr.	14.247	13.338	3.267	5.744	6.349	6.286	4.708
Wartb.-Eisen.	21.843	26.165	6.745	9.769	15.691	13.078	14.449
Erfurt	54.997	64.829	21.295	20.154	24.002	37.699	43.638
Gera	40.526	44.938	27.510	32.523	42.231	41.412	44.355
Gotha	15.120	14.244	9.077	10.257	12.311	13.052	11.874
Greiz	4.419	10.713	6.579	5.832	6.969	6.321	592
Eichsfeld	14.434	17.491	8.028	9.149	10.496	13.809	11.538
Hildburghsn.	7.021	5.137	1.178	7.253	12.775	9.635	10.990
Jena	2.890	7.937	-6.323	-2.460	2.134	389	-721
Saale-Orla-Kr.	31.698	36.798	27.519	24.824	24.738	24.447	23.162
Unstrut-Hain.	19.649	21.530	9.568	10.584	11.346	7.440	7.730
Nordhausen	11.837	15.263	5.646	9.693	13.286	6.783	10.194
Saalf.-Rudolst.	15.851	18.839	8.244	8.284	11.788	12.016	13.253
Schm.-Meing.	9.556	12.398	1.375	2.104	3.930	4.615	2.217
Sonneberg	20.835	24.104	17.511	20.182	23.358	23.068	21.825
Saale-Holzland	12.141	16.360	12.247	13.065	13.830	3.924	6.518
Suhl	14.116	20.339	2.836	4.140	4.303	1.188	-599
Sömmerda	2.266	4.670	-1.280	947	4.551	4.440	11.189
Apolda-Weim.	1.076	4.587	-17.123	-9.804	2.419	3.048	14.074
<b>KREISE</b>	<b>325.559</b>	<b>401.017</b>	<b>144.261</b>	<b>190.726</b>	<b>259.101</b>	<b>243.322</b>	<b>260.871</b>

### 3. Handlungsfähigkeit des Landesvorstandes

Der Landesvorstand realisiert laufende Einnahmen vorrangig durch Beitragsanteile. Da die Beitragsrückgänge sich zu 75 % direkt auf ihn auswirken und keine wesentlichen anderen Einnahmen für ihn erschlossen werden können, nimmt sein Handlungsspielraum um jährlich ca. 25.000 € ab. Durch höhere Beitragseinnahmen und Länderfinanzausgleich sowie geringere Personalkosten entwickelt sich das Ergebnis für 2014 etwas günstiger, als im Herbst 2013 angenommen. Dennoch macht die Prognose dringenden Handlungsbedarf deutlich.

In den Plangesprächen für 2014 stimmten (bisher) 17 von 21 Gebietsverbänden freiwillig einer 5-%igen Erhöhung ihrer Beitragsanteile an den LV zu, was politisch und finanziell nicht hoch genug bewertet werden kann. Dennoch gehen die folgenden Übersichten zunächst von der bestehenden Beschlusslage aus.

Seit 2011 nimmt Thüringen erstmals seit 10 Jahren wieder am innerparteilichen Länderfinanzausgleich (LFA) teil. Dieser wird aus Mitteln des Parteivorstands gespeist, der wiederum hauptsächlich staatliche Mittel gemäß Parteiengesetz für Bundestags- und Europawahlstimmen sowie auf Beiträge und Spenden der Partei insgesamt erhält. Der LFA sinkt tendenziell: Allein der Verlust von 1,4 Mio Zweistimmen für DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013 gegenüber 2009 bedeutet einen Rückgang der staatlichen Zuschüsse von 980.000 € pro Jahr. Das können nur der Parteivorstand und die Landesverbände gemeinsam abfangen.

**Tab. 6: Entwicklung der wichtigsten Einnahmen des Landesvorstandes:**

Position	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Beitragsanteil	664.711	646.865	620.455	607.592	600.000	570.000	541.500	514.425	488.704	464.269
Mandats.-TB	188.838	190.807	189.732	192.023	185.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000
Spenden	25.146	36.862	49.173	40.305	57.000	36.000	36.000	36.000	36.000	50.000
Beiträge	3.079	2.181	1.560	3.533	4.000	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
LFA	0	49.000	45.000	47.722	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
sonst. Einn.	21.578	15.953	15.143	14.722	17.500	16.500	16.500	16.500	16.500	16.500
<b>Gesamt</b>	<b>903.352</b>	<b>941.669</b>	<b>921.063</b>	<b>905.897</b>	<b>903.500</b>	<b>851.000</b>	<b>822.500</b>	<b>795.425</b>	<b>769.704</b>	<b>759.269</b>

Die obenstehende „freundliche“ Prognose geht von jährlich 5-%-Beitragsrückgang ab 2014 aus. Bei einem jährlich 8-%-igem Mitglieder- und Beitragsrückgang verändert sich das Bild wie folgt:

Position	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Beitragsanteile	607.592	600.000	552.000	507.840	467.213	429.836	395.449
Mandats.-TB	192.023	185.000	190.000	190.000	190.000	190.000	190.000
Spenden	40.305	57.000	36.000	36.000	36.000	36.000	50.000
Beiträge	3.533	4.000	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
LFA	47.722	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000
sonstige Einn.	14.722	17.500	16.500	16.500	16.500	16.500	16.500
<b>Gesamt</b>	<b>905.897</b>	<b>903.500</b>	<b>833.000</b>	<b>788.840</b>	<b>748.213</b>	<b>710.836</b>	<b>690.449</b>

In den Kreisen ist der zweitgrößte Ausgabeposten die Miete. Deren Höhe kann ggf. durch Umzug, Bürogemeinschaften mit Abgeordneten erheblich gesenkt werden. Dieser Weg steht dem LV nicht zur Verfügung, zumal eine zentrale Geschäftsstelle mit ausreichendem, sicherem Archivraum, Lagerkapazität, notwendiger Technik und Personal zwingend notwendig ist.

Im Landesvorstand sind von gegenwärtig 900.000 € Ausgaben etwa 850.000 € durch Vertrag, Gesetz und Tarif gebunden (fixe Kosten). Das betrifft z.- B. Personal, Miete, Versicherungen, Leasing usw. Die Fortsetzung des jetzigen Ausgabevolumens ist aufgrund sinkender Einnahmen nicht möglich:

Der LV erhält jährlich 25.000 € weniger Beitragsanteile (bei 8 % Beitragsrückgang 40.000 € weniger), Gleichzeitig fehlen ihm signifikante Möglichkeiten der Einnahmesteigerung durch Spenden oder Mandatsträgerbeiträge. Zugleich sind jährlich 10.000 € höhere Kosten durch Tarifvertragsänderungen zu berücksichtigen.<sup>7</sup>

**Tab. 7: Landesvorstand: Entwicklung der wichtigsten Ausgabepositionen, unterstellt, die bisherige Struktur- und Personalstärke wird beibehalten**

Position	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Personal	785.067	720.443	735.000	740.000	751.100	762.367	773.802	785.409	797.190
Geschäftsbetrieb	80.617	72.371	71.431	74.000	75.000	75.000	75.000	75.000	75.000
politische Arbeit	94.692	88.174	86.498	94.500	95.000	95.000	90.000	90.000	90.000
Zuschüsse an Gliederungen	19.483	9.000	8.177	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
<b>AUSGABEN</b>	<b>979.858</b>	<b>889.989</b>	<b>901.106</b>	<b>917.500</b>	<b>930.100</b>	<b>941.367</b>	<b>947.802</b>	<b>959.409</b>	<b>971.190</b>

... und wichtigste Einnahmen bei jährlichem Beitragsrückgang 5 %

Position	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
<b>EINNAHMEN</b> bei 5% jährl. Beitragsrückgang	<b>941.669</b>	<b>921.063</b>	<b>905.897</b>	<b>903.500</b>	<b>851.000</b>	<b>822.500</b>	<b>795.425</b>	<b>769.704</b>	<b>759.269</b>
<b>Ergebnis:</b>	<b>-38.189</b>	<b>31.074</b>	<b>4.791</b>	<b>-14.000</b>	<b>-79.100</b>	<b>-118.867</b>	<b>-152.377</b>	<b>-189.705</b>	<b>-211.921</b>

... und wichtigste Einnahmen bei jährlichem Beitragsrückgang von 8 %

Position	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
<b>EINNAHMEN</b> bei 8% jährl. Beitragsrückgang	<b>941.669</b>	<b>921.063</b>	<b>902.754</b>	<b>903.500</b>	<b>833.000</b>	<b>788.840</b>	<b>748.213</b>	<b>710.836</b>	<b>690.449</b>
<b>Ergebnis:</b>	<b>-38.189</b>	<b>31.074</b>	<b>1.648</b>	<b>-14.000</b>	<b>-97.100</b>	<b>-152.527</b>	<b>-199.589</b>	<b>-248.573</b>	<b>-280.741</b>

Deutlich wird: Der Landesvorstand hat keine eigenen Möglichkeiten, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Bei Aufrechterhaltung des jetzigen Status quo wäre seine Liquidität Ende 2014 erschöpft. Daher besteht dringend Handlungsbedarf.

<sup>7</sup> 2014 erfolgt keine Tariferhöhung; dafür wurde für das laufende Jahr Beschäftigungsgarantie vereinbart.



**Tab. 8: Entwicklung des Reinvermögens des Landesvorstandes:**

2007	2008	2009	2010	2011 <sup>8</sup>	2012	2013
119.698	232.059	188.554	175.918	165.324	91.502	84.279

Die Hälfte des Reinvermögens des Landesvorstandes ist zweckgebunden (z. B. Kommunalwahlfonds, „Cuba-sí“-Spenden).

Größte Ausgabeposition des LV sind Personalkosten mit derzeit 13,5 VbE, davon 6 für die Regionen. Die Beschäftigten mit den gegenwärtig ruhenden 4 Arbeitsverhältnissen haben gesetzlich begründeten Anspruch <sup>9</sup> auf Wiedereinsetzung nach Beendigung ihrer gegenwärtigen Tätigkeiten als Abgeordnete bzw. abgeordnete MA der Landtagsfraktion.

Im Zusammenhang mit der benannten Beschäftigungsgarantie für das Jahr 2014 ist auch im Falle der Rückkehr dieser Mitarbeiter/innen nach der Landtagswahl finanziell Vorsorge zu treffen.

#### **4. Maßnahmeplan**

Die Handlungsfähigkeit von Landesverband einschließlich aller nachgeordneten Gebietsverbände ist zu sichern. Dies kann nur über ein Paket von Maßnahmen für mittelfristig veränderte Strukturen, Einnahmeerhalt, Erschließung neuer Einnahmen, Ausgabenbegrenzung sowie effektivstem Mitteleinsatz erfolgen. Dazu wurde durch den Landesparteitag im Herbst 2012 eine Aufgabenverteilung für die nachgeordneten Gebietsverbände und für den Landesvorstand vorläufig beschlossen. Neben der Mitgliedergewinnung als ständiger Aufgabe sind notwendig:

- Stabilisierung/Ausbau von Einnahmen (Beitragsehrlichkeit, gemeinsame Spendenaktionen und Spendenmanagement, verbindliche Mandatsträgerbeiträge, offensive Kommunikation und Motivation, Durchsetzung von Spendenbeschlüssen usw.)
- Erschließung weiterer Einnahmeformen, wie z. B. Erbschaften <sup>10</sup>
- sparsamster und effektiver Umgang mit Mitteln und Personal entsprechend Aufgabenbeschreibung für LV, Gebietsverbände und Geschäftsstellen (z. B. Regionalisierung, Ausbau Kommunikationsstruktur, gemeinsame Anschaffungsfonds und politische Aktionen gemeinsam mit Partnern)
- ein weiter entwickelter Mix von haupt- und ehrenamtlichen Strukturen bei Reduzierung des hauptamtlichen Personals in Landesvorstand und Gebietsverbänden
- eine Erhöhung der Quote der Beitragsabführung der Gebietsverbände an den LV.

---

<sup>8</sup> 2010 und 2011 einschließlich der von den Kreisen eingezahlten Anteile des Kommunalwahlfonds, der 2012 fast vollständig verbraucht wurde.

<sup>9</sup> Thüringer Abgeordnetengesetz § 2 (2) Satz 2: Insbesondere ist eine ordentliche Kündigung oder eine Entlassung wegen der Bewerbung um ein Mandat oder wegen der Annahme oder Ausübung eines Mandats unzulässig

<sup>10</sup> Laut Rechenschaftsbericht 2012 erhielt DIE LINKE 684.091,23 € Erbschaften (davon Baden-Württ. 379.264 €, Mecklenburg-Vorpommern 279.196 €), also deutlich mehr als 2011 (34.998 €) und 2010 (100.031 €).

#### **4.1. Stabilisierung/Ausbau von Einnahmen**

Die Entwicklung des Landesverbandes der LINKEN zwingt dazu, die personellen und finanziellen Ressourcen zu stabilisieren und effektiv einzusetzen. Größtes Augenmerk ist auf die Gewinnung neuer Mitglieder, auf ihre politische Bildung und ihre Motivation für die Arbeit in der Partei zu legen. Dafür sind auch stabile Einnahmen erforderlich.

- 4.1.1. Das Konzept der Finanzierung der Partei „von unten“ wird vorerst beibehalten. Es motiviert - nach unserer Erfahrung – die Gebietsverbände am nachhaltigsten, eigene Einnahmen zu realisieren. Dennoch ist das Modell ernsthaft zu prüfen: Wenn die Nachteile des Modells nach Auffassung der Gebietsverbände die Vorteile überwiegen, muss es grundlegend verändert werden.
- 4.1.2. Es ist anzustreben, dass die Mitgliedsbeiträge sowie die regelmäßigen Spenden und Mandatsträgerbeiträge im Lastschriftverfahren eingezogen werden. Der gegenwärtige Stand von 75 % aller Mitglieder, die am Lastschriftverfahren teilnehmen, soll auf 80 bis 90 % Ende 2014 erhöht werden.
- 4.1.3. Mindestens quartalsweise analysieren die Gebietsvorstände und der Landesvorstand den Stand der Beitragszahlung (Höhe der Beiträge, Zahlungsweise, Pünktlichkeit der Zahlungen, Beitragsschuldner/innen) und legen weitere Schritte mit dem Ziel fest, Beitragssäumnisse abzubauen und den Beitragsdurchschnitt weiter anzuheben.
- 4.1.4. Die Ausgabe von Zuwendungsbescheinigungen an die Mitglieder und Spender/innen wird durch alle Kreise genutzt, Gespräche über die künftige Höhe des Mitgliedsbeitrags sowie über mögliche Spenden und Mandatsträgerbeiträge zu führen.
- 4.1.5. Für die Landtagswahlen 2014 organisiert der Landesverband eine **gemeinsame** Spendenkampagne. Ein Schlüssel über die finanzielle Teilhabe der Gebietsverbände wird in Abstimmung mit den Kreisen vereinbart.
- 4.1.6. Rechtzeitig vor der Aufstellung der Listen zu den Kommunal- und Landtagswahlen erhalten alle Bewerberinnen und Bewerber den Beschlusstext zu Mandatsträgerbeiträgen<sup>11</sup>. Dieser wird in Punkt 7 verändert:

*7. Wer auf Vorschlag der Fraktion der LINKEN bzw. Wählervereinigungen mit der LINKEN **Mitglied von Verwaltungs-, Verbands- oder Aufsichtsräten** wird und dort Vergütungen erhält, ist bereit zur Offenlegung dieser Bezüge gegenüber dem zuständigen Gebietsvorstand der Partei. Soweit Vergütungen gezahlt werden, **vereinbaren die Zuständigen Gebietsvorstände, mit den** Verwaltungs-, Verbands- bzw. Aufsichtsräten, dass sie mindestens **10% dieser Bruttobzüge** an den Gebietsvorstand spenden.*

- 4.1.7. Alle Gebietsverbände werden aufgerufen, regelmäßig und ggf. auch zweckbezogen um Spenden zu werben – sowohl unter Mitgliedern als auch zunehmend unter

---

<sup>11</sup> Anlage: Beschluss Mandatsträgerbeiträge vom 25./26.10.2008

SympathisantInnen. Dazu erhalten sie von der Landesgeschäftsstelle aktiv inhaltliche Unterstützung (z. B. Hinweise zum Spenden-Management, Spendenlisten usw.).

4.1.8. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Werbung um stabile Beiträge und Spenden wird verstärkt, Dazu gehören z. B.

- Druckerzeugnisse (immer mit Eintrittserklärung und Spendenwerbung)
- Internet-Spendenwerbung
- Spendenwerbung an Infoständen und bei Veranstaltungen
- parteiöffentliche Würdigung von SpenderInnen [wenn deren Einverständnis vorliegt]

4.1.9. Die staatlichen Mittel für Landtagswahlen werden weiterhin vollständig dem Zentralen Wahlkampffonds beim Parteivorstand zugeführt, um insbesondere Landtags- und Bundestagswahlen finanziell abzusichern.<sup>12</sup>

#### **4.2.Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Landesvorstandes und der Regionen:**

4.2.1. Die Gebietsverbände erhöhen den Beitragsanteil, den sie an den Landesvorstand abführen, um 5 % von bisher durchschnittlich 75,4 % auf 80,4 %, rückwirkend ab 01. Januar 2014. Im Wahljahr 2014 kann im begründeten Einzelfall eine hiervon abweichende Regelung unter dem Vorbehalt der Zustimmung des geschäftsführenden Landesvorstandes für finanzschwache Kreise getroffen werden. Die bisherige Staffelung dieser Anteile nach Mitgliederstärke wird beibehalten.

4.2.2. Dazu wird das bisherige Stufenmodell der Beitragsanteile, die der Landesvorstand von den Gebietsverbänden erhält: 73%, (kleinste GV) bis 79% (größte GV), entsprechend verändert:

- |               |                           |                               |
|---------------|---------------------------|-------------------------------|
| -             | 78 %                      | GV mit bis zu 200 Mitgliedern |
| <sup>13</sup> | (bisher 73 %)             |                               |
| -             | 80 %                      | GV mit bis zu 300 Mitgliedern |
| <sup>14</sup> | (bisher 75 %)             |                               |
| -             | 82 %                      | GV mit bis zu 450 Mitgliedern |
| <sup>15</sup> | (bisher 77 %)             |                               |
| -             | 84 %                      | GV mit mehr als 450           |
|               | Mitgliedern <sup>16</sup> | (bisher 79 %)                 |

---

<sup>12</sup> Aus diesem Fonds wurden 2013 von Thüringen 110.000 € für die Bundestagswahlen abgerufen; für die Landtagswahlen 2014 stehen rund 500.000 € zur Verfügung.

<sup>13</sup> gegenwärtig: Eichsfeld, Unstrut-Hainich, Saale-Holzland, Sömmerda

<sup>14</sup> alle in diesen Fußnoten nicht genannten Kreise

<sup>15</sup> gegenwärtig: Wartburgkreis-Eisenach

<sup>16</sup> gegenwärtig: Erfurt

Die Erhöhung dieser Anteile bedeutet für die Kreise jährlich rund 35.000 € Mehrausgaben (2014), das heißt zwischen 600 € kleinster bis 3.500 € größter Gebietsverband.

- 4.2.3. Für die Landtagslegislatur 2014 bis 2019 wird der Mandatsträgerbeschluss des Landesparteitags von 2008 fortgesetzt – auf der Basis der Grunddiät von 2014, die dann voraussichtlich etwa 5.000 € monatlich beträgt.
- 4.2.4. Insbesondere von hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Landtagsfraktion sowie des Landesverbandes werden regelmäßige Spenden in Höhe von mindestens 2 % der monatlichen Nettobezüge an den Landesvorstand erwartet. Die Spenden der Mitarbeiter/innen der Landtagsfraktion werden dem Landeswahlkonto zugeführt.
- 4.2.5. Ab 2015 bis 2018 ist ein schrittweiser Personalabbau von 3,5 Planstellen-durchzuführen. Dazu erarbeitet der Landesvorstand in Abstimmung mit den Gebietsverbänden bis zur 3.Tagung des Landesparteitags ein Konzept. Diesem Vorschlag für ein Personal- und Strukturkonzeptes muss eine Aufgaben- und Erfolgsanalyse der bestehenden Personalstruktur in der Landesgeschäftsstelle als auch in den Regionen zu Grunde liegen. Ziel ist eine finanzierbare Aufgaben- und Personalstruktur, die sicherstellt, dass der Landesverband politisch handlungsfähig bleibt und die ehrenamtlich arbeitenden Gebietsverbände eine optimale Unterstützung insbesondere bei wahlrechtlichen und parteiorganisatorischen Aufgaben durch die Struktur hauptamtlicher Mitarbeiter erhalten.
- 4.2.6. Alle Personalentscheidungen sind an gültige Tarifverträge gebunden und mit dem Betriebsrat sowie den zuständigen Parteigremien abzustimmen. Betriebsbedingte Kündigungen sind zu vermeiden.

Die Umsetzung der Beschlüsse zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit würde auch den Landesvorstand/die Landesgeschäftsstelle mittelfristig in die finanzielle Lage versetzen, seine Aufgaben zu lösen. Eine wesentliche Erhöhung des Reinvermögens des Landesvorstandes ist dabei nicht zu erwarten.

Der Personalabbau soll schrittweise erfolgen, z. B. durch Nichtbesetzung frei werdender Stellen und Umstrukturierung der Aufgaben und Tätigkeitsgebiete der Mitarbeiter/innen. Perspektivisch ergibt sich daraus ein hauptamtlicher Personalbestand von 10 Stellen im Land im Jahr 2018. Wird gleichzeitig der Beitragsanteil der Kreise um 5 % erhöht, wäre folgende Finanzplanung realisierbar:

**Tab. 9: Einnahmen und Ausgaben des Landesvorstandes lt. Beschlussanträgen zu 4.2.:**

EINNAHMEN (Variante 5 % jährlicher Beitragsrückgang) <sup>17</sup>:

Position	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Beitragsanteil durchschnittlich 80,4 %	607.592	635.000	605.693	575.409	546.638	519.306
Mandats-TB	192.023	185.000	190.000	190.000	190.000	190.000
Spenden – ohne WAHL	35.305	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000
Beiträge	3.533	4.000	3.500	3.500	3.500	3.500
LFA	47.722	40.000	35.000	35.000	35.000	35.000
sonstige Einnahmen	14.722	17.500	16.500	16.500	16.500	16.500
<b>Gesamt</b>	<b>900.897</b>	<b>917.500</b>	<b>886.693</b>	<b>856.409</b>	<b>827.638</b>	<b>800.306</b>

AUSGABEN:

Position	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Personal	735.000	740.000	710.000	680.000	650.000	630.000
Geschäftsbetrieb	71.431	74.000	75.000	75.000	75.000	75.000
politische Arbeit	86.498	94.500	90.000	90.000	90.000	90.000
Zusch an Gliederungen	8.177	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
<b>AUSGABEN</b>	<b>901.106</b>	<b>917.500</b>	<b>884.000</b>	<b>854.000</b>	<b>824.000</b>	<b>794.000</b>

<b>Ergebnis:</b>	<b>-209</b>	<b>0</b>	<b>2.693</b>	<b>2.409</b>	<b>3.638</b>	<b>6.306</b>
------------------	-------------	----------	--------------	--------------	--------------	--------------

### 4.3. Geschäftsstellen

Gegenwärtig existiert in Thüringen flächendeckend ein Netz von 23 Geschäftsstellen der LINKEN (davon 12 in Bürogemeinschaft mit Landtags- bzw. Bundestagsabgeordneten), 36 Geschäftsstellen von Abgeordneten sowie 5 Geschäftsstellen von Kommunalfraktionen. Auch künftig will DIE LINKE im Land flächendeckend erreichbar, präsent und erlebbar ein.

4.3.1. Von allen Thüringer LINKE-Abgeordneten des Landtags, des Bundestags sowie des Europaparlaments wird erwartet, dass sie in Absprache bzw. durch Vereinbarungen mit dem Landesvorstand Bürger/innenbüros und an den Standorten der Büros der Gebietsvorstände der LINKEN Bürogemeinschaften unterhalten.

---

<sup>17</sup> Bei jährlich 8%-igem Beitragsrückgang ist ab 2015 jährlich eine volle Planstelle abzubauen, 2018 eine halbe.

- 4.3.2. Dort, wo DIE LINKE Kreisgeschäftsstellen unterhält, sind unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften künftig die Bürgerbüros der Abgeordneten zu nutzen.
- 4.3.3. Ein Umzug der Landesgeschäftsstelle innerhalb Erfurts wird zugunsten niedrigerer Mietkosten, besserer Erreichbarkeit und fortzuführender Zusammenarbeit mit den gegenwärtigen Untermietern sowie mit politischen PartnerInnen bis zum 31. Oktober 2014 geprüft.<sup>18</sup> Bleibt die Suche erfolglos, wird der Landesvorstand beauftragt, das Mietverhältnis fortzusetzen.

In Verantwortung der Landesgeschäftsstelle wird ein Einkaufs- und Technikfonds eingerichtet, um für alle Geschäftsstellen eine kompatible und moderne Mindestausstattung und andere Vorteile für die Arbeitsfähigkeit zu sichern. Die Finanzierung erfolgt durch LV und Regionen gemeinsam.

---

<sup>18</sup> Der jetzige Mietvertrag für die Landesgeschäftsstelle läuft bis zum 31. Januar 2015.